

BaWü-Check

Auf gut Schwäbisch

Bürger sind nur begrenzt beunruhigt

In der Flüchtlingspolitik wird die Arbeit der Landesregierung kritisch beurteilt. Für die Geflüchteten gibt es aber großes Verständnis.



Foto: Adobe Stock/pronoia
Montage: Sebastian Ruckaberte

VON KAI HOLOCH

STUTT GART. Sorgen und Skepsis: ja – Panik: nein. So lässt sich laut dem aktuellen BaWü-Check die Stimmungslage der Menschen in Baden-Württemberg zum Ende des Jahres 2022 wohl am ehesten beschreiben. In einer repräsentativen Meinungsumfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen durchgeführt hat, wird deutlich, dass die Bevölkerung vollkommen anders auf die aktuelle Flüchtlingswelle reagiert als in den Jahren 2015 und 2016.

Allerdings gibt es ein weit verbreitetes Unbehagen gegenüber der Flüchtlingspolitik des Landes. Nur 27 Prozent der Befragten stellten dem Land ein positives Zeugnis aus, 49 Prozent sehen die Arbeit der Landesregierung in diesem Bereich kritisch. Hier sind die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage:

Wo sind all die Flüchtlinge?

Zwar war auch bei der Flüchtlingswelle 2015/16 das ehrenamtliche Engagement gewaltig. Große Teile der Bevölkerung waren damals aber außerordentlich besorgt. Aktuell, so hat der BaWü-Check ermittelt, hält sich die Beunruhigung der Bevölkerung in Grenzen. Die Frage, wie sich die Fluchtwelle bei den Menschen vor Ort auswirkt, führt zu überraschenden Ergebnissen. Jeder Dritte sagt, dass in der näheren Umgebung viele Flüchtlinge untergebracht worden sind. Genauso groß aber ist die Zahl derjenigen, die den Eindruck haben, dass es nur wenige Flüchtlinge im näheren Umfeld gibt. Sieben Prozent der Befragten sind sogar überzeugt davon, dass in ihrer Gegend so gut wie keine Flüchtlinge angekommen sind. Die restlichen 25 Prozent trauen sich bei dieser Frage keine Antwort zu.

Bürger sehen Aufnahmekapazitäten

Wenn man Städten und Gemeinden glaubt, dann sind die Kapazitäten für die Betreuung der Flüchtlinge in den meisten Kommunen schon seit Wochen nahezu ausgeschöpft – und auch bei der Unterbringung gibt es bereits erhebliche Engpässe. Beim Flüchtlingsgipfel der Landesregierung vor ein paar Tagen haben alle Beteiligten deshalb den Schulterschluss geprobt: Nur gemeinsam werde es möglich sein, den in einem harten Winter weiter ansteigenden Flüchtlingsstrom im Land aufnehmen zu können.

Sprechen die Verantwortlichen von einer Ausnahmesituation, so sieht die Hälfte der Bevölkerung nach wie vor zumindest einen begrenzten Spielraum für weitere Unterbringungen: 13 Prozent sind sogar überzeugt, dass bei ihnen in der näheren Umgebung ohne Weiteres mehr Flüchtlinge aufgenommen werden könnten. Weitere 37 Prozent sehen noch begrenzten Spielraum. Etwas mehr als 25 Prozent haben den Eindruck, die Aufnahmekapazität sei erschöpft.

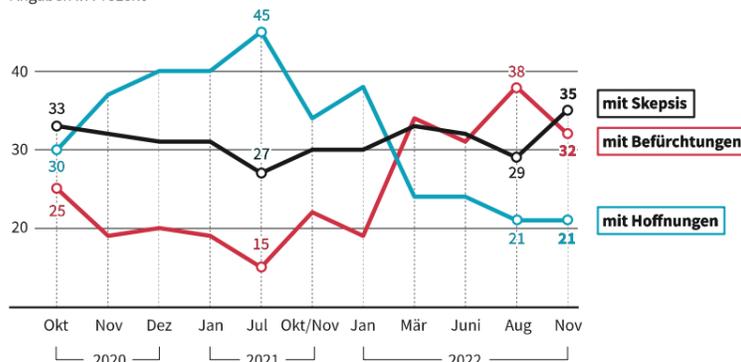
Flaschenhals Schule

Ein wesentlicher Unterschied zur Flüchtlingswelle 2015/16 ist, dass damals vor allem junge Männer in die EU und dann weiter nach Deutschland gekommen sind. Dieses Mal sind es vor allem Frauen mit Kindern, die die Ukraine verlassen konnten und auch durften. Auf der einen Seite führt das dazu, dass die Flüchtlinge im öffentlichen Raum kaum wahrgenommen werden. An anderer Stelle, in den Schulen des Landes, bereitet diese Tatsache aber erhebliche Probleme. Weit mehr als 20.000 Kinder im schulpflichtigen Alter bereits sind seit Kriegsbeginn nach Baden-Württemberg eingereist – und müssen nun integriert werden.

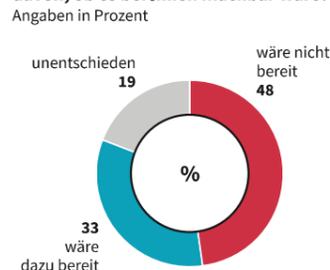
Das sehen auch die Befragten des BaWü-Checks so. Lediglich sechs Prozent der Bevölkerung sind überzeugt, dass die Schulen die gewaltige Integrationsaufgabe ohne Weiteres bewältigen können. 42 Prozent

Umfragewerte für Baden-Württemberg

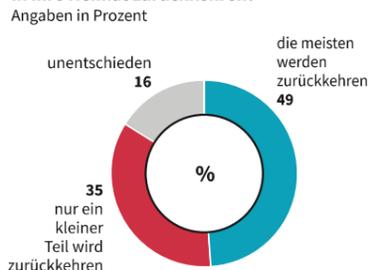
Sehen Sie den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?
Angaben in Prozent



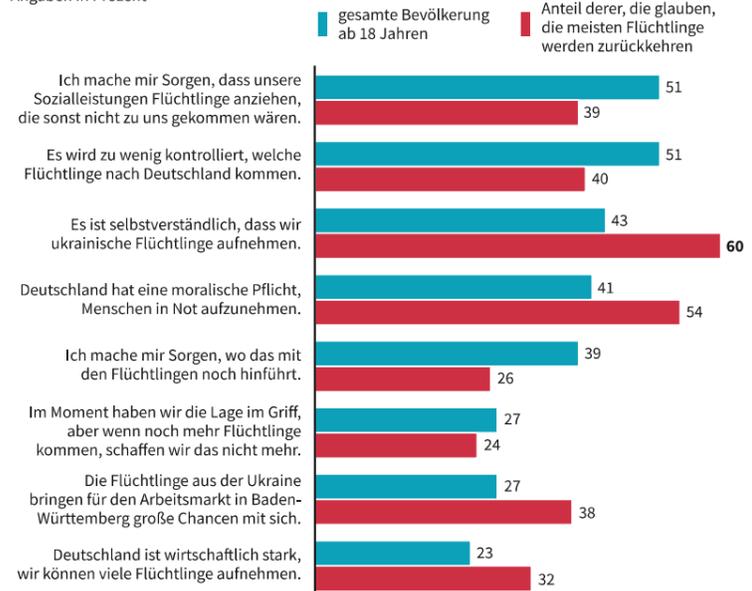
Wären Sie bereit, Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen – unabhängig davon, ob es bei Ihnen machbar wäre?
Angaben in Prozent



Werden die meisten ukrainischen Flüchtlinge nach Kriegsende wieder in ihre Heimat zurückkehren?
Angaben in Prozent



Einige ganz allgemeine Fragen: welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?
Angaben in Prozent



Grafik: Krause

Quelle: IfD-Allensbach für Baden-Württemberg, Befragungszeitraum 16. – 25. November 2022

glauben, dass dies den Schulen nur mit Schwierigkeiten gelingen wird. Sogar nahezu die Hälfte der Befragten – 48 Prozent – spricht von einer völligen Überforderung.

Sporthallennutzung – warum nicht?

Überraschend ist auch die Wahrnehmung bezüglich der Notwendigkeit und der Existenz von Notunterkünften für Neuankömmlinge. Zwar haben in der aktuellen Flüchtlingskrise sehr viele Ukrainerinnen und Ukrainer zunächst Unterschlupf bei Verwandten, Bekannten und Freunden in Deutschland gefunden. Auch ist die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger groß, ukrainische Flüchtlinge bei sich daheim aufzunehmen oder ihnen frei stehende Wohnungen anzubieten.

Dennoch sorgt die schiere Masse der Flüchtlinge dafür, dass immer mehr Gemeinden erneut dazu übergehen, Turnhallen und andere Säle zu Notunterkünften umzubauen. Das wird in politischen Kreisen heftig

diskutiert, bei vielen Menschen ist das in der ersten Flüchtlingskrise ausgesprochen heikle Thema noch nicht angekommen. Lediglich 13 Prozent der Bevölkerung berichten, ihnen wären zu Notunterkünften umgewidmete Turnhallen in ihrem Ort bekannt, weitere 15 Prozent, dass solche Maßnahmen diskutiert werden. Beachtliche 46 Prozent – auf dem Land sind es sogar 69 Prozent – der Befragten sind aber überzeugt, dass es solche Pläne bisher nicht gibt.

Allgemein sehen die Menschen in der Belegung von Turnhallen mit Geflüchteten weniger Probleme. Die allgemeine Grundhaltung ist tendenziell positiv: 44 Prozent der Bürgerinnen und Bürger finden die Umwidmung von Turnhallen in Ordnung, 38 Prozent sprechen sich dagegen aus.

Notunterkünfte in der Nähe

Und noch ein bemerkenswertes Ergebnis: Mit der Vorstellung, dass in der Nähe der eigenen Wohnung eine Notunterkunft für

Der BaWü-Check

Basis Der BaWü-Check ist eine Umfrage der Zeitungen im Südwesten, die das Institut für Demoskopie Allensbach durchführt.

Zeitraum Vom 16. bis 25. November 2022 wurden im Land 1060 erwachsene Personen online befragt. Die Teilnehmer erhielten eine E-Mail und konnten über einen Link zum Fragebogen gelangen. Dieser umfasste 15 Fragen. Die Teilnehmer konnten vorgegebene Antworten anklicken. hol

Flüchtlinge errichtet würde, hat die Mehrheit der Menschen keine Probleme. Lediglich 26 Prozent der Befragten geben an, dass sie eine solche Unterkunft stören würde, 51 Prozent hätten nichts dagegen.

Ukraine-Flüchtlinge sind willkommen

Die große Mehrheit der Bevölkerung spricht sich dafür aus, auch in den nächsten Monaten weitere Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen. Insgesamt vertreten 73 Prozent der Bevölkerung diese Position, wobei sich jedoch ein Teil für eine Kontingentierung ausspricht: 39 Prozent votieren dafür, nur noch eine bestimmte Anzahl an Flüchtlingen zu versorgen, während sich 34 Prozent dafür einsetzen, auch weiterhin so unbürokratisch wie möglich zu helfen. Lediglich 18 Prozent möchten nur noch sehr wenige oder gar keine Flüchtlinge mehr aufnehmen.

Hohe private Aufnahmebereitschaft

Glaubt man den Umfragewerten, ist jeder Dritte grundsätzlich bereit, Flüchtlinge aus der Ukraine bei sich zu Hause aufzunehmen – wenn es von der Wohnsituation her möglich wäre. 50 Prozent der Befragten geben an, eine solche Lösung käme für sie nicht infrage. Dennoch sprechen die Meinungsforscher aus Allensbach von einer „bemerkenswert hohen Aufnahmebereitschaft“. Allerdings spielt auch hier der Zeitfaktor eine wichtige Rolle. Eine Aufnahme von Flüchtlingen kommt vor allem bei den Befragten infrage, die davon ausgehen, dass die Flüchtlinge nur kurze Zeit in Deutschland bleiben. Bei den meisten der Aufnahmewilligen scheidet die Umsetzung aber an den eigenen Wohnverhältnissen. Immerhin neun Prozent der Bevölkerung geben an, sie hätten die Möglichkeit, bei sich zu Hause Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen.

54 Prozent sehen gute Chancen der Integration für die ukrainischen Flüchtlinge.

Gute Integrationschancen

Insgesamt sieht die Mehrheit der Bevölkerung gute Integrationschancen für Flüchtlinge aus der Ukraine. Dies ist ein gravierender Unterschied zur Einschätzung der Integrationschancen in der Flüchtlingswelle 2015. 54 Prozent sehen heute gute Chancen, dass die Geflüchteten in die Gesellschaft integriert werden können, 34 Prozent äußern sich skeptisch. Diese Zahlen machen deutlich, dass die Flüchtlingswelle aus der Ukraine auf ein deutlich anderes gesellschaftliches Klima trifft als 2015.

Angst vor dem Pull-Effekt

Die positive Grundhaltung bedeutet aber nicht, dass es keine Sorgen in der Bevölkerung gibt. 39 Prozent beschäftigt die weitere Entwicklung der Flüchtlingswelle intensiv. 27 Prozent sind überzeugt davon, dass Deutschland zwar im Moment die Lage im Griff hat, aber überfordert sein könnte, wenn die Zahl der Flüchtlinge weiter deutlich steigt. Kritisch gesehen werden auch die staatlichen Rahmenbedingungen: So machen sich 51 Prozent der Befragten Sorgen über den sogenannten Pull-Effekt, dass also aufgrund der Sozialleistungen viele Flüchtlinge angelockt werden. Ebenso kritisieren viele, dass zu wenig kontrolliert werde, welche Flüchtlinge nach Deutschland kommen.

Täglich neu: Landestypisches für Einheimische und Reischmeckte

Au Männer kennad baatscha

VON TOM HÖRNER

Wenn Schnee fällt, lässt das auch unsere Leserschaft nicht kalt. Hannelie Meine wurde im Oberland in Mochenwangen bei Ravensburg geboren und zog mit acht Jahren nach Wernau um: „Ich wuchs mit oberländischen Sprachwurzeln meiner Oma Paula auf. Wenn einzelne Schneeflocken vom Himmel fielen, sagte sie: ‚Guck no do na, ‚s flemslet!‘ Wenn es graupelte, sagte Oma Paula: ‚Jetz kutze-boinelet’s au no.‘ Wenn’s recht nasskalt war: ‚Heit isch’s richtig kebelig.‘ Ich finde die Ausdrücke wundervoll und verwende sie zum Erstaunen meiner Enkel (Magdalena 15, Sophie 15 und Maximilian 11 und Julius 11) gerne. Getreu dem schönen schwäbischen Liedgut: Es schneielet, es beielet.“

Rudi Clauss aus Esslingen bringt die winterliche Kleiderordnung ins Spiel: „Wenn dr Vadder bei Minusgrad en Wengerd ging, kam scho moal: ‚Heit isch zabfakald. Doa brauch i a warms Wamms on gfidderde Hedschich.“

Wolfgang Dittebrandt aus Bondorf fühlte sich von den Ausführungen von Irene Schmöhl angesprochen: „Mr hot friar koan Fernsehër ghett, ‚s Neieschde vom Flecka hot dr Schitza Heiner. Ond was es sucht no Nuis gea hot, hend dia Nochber onderanander verzehlt. Meischdens waret des dia äldere Weiber, dia uff dr Schdroß sich anander des verzehlt hend, was mr sucht et erfahra het. Aber bei aos do hend se et bloß baatscht ond traatscht, bei aos hend se ao saumäßig viel grafflet. Do send se uff dr Schtroß gschdanda oder em a Hof uff ama Beekle ghockat ond hend mitanander grafflet. Ond des waidagat lang ond oft. So isch des no so weit komma, dass mr zo deara Schtroß, wo so viel grafflet woara isch, ao d’ Rafflgass gsait hot.“

„Au Männer kennad baatscha“, meint Renate Schietinger aus Nürtingen-Zizishausen. „Letschens ben i ens Städe gfhara zom Eikaufa. Zwoi Nochber schdanda vor am Haus ond händ sich onderhalda. Sicher isch’s om ebbas ganz Wichtigs ganga, denn fascht a Schdond später, auf meim Hoimweg, send se emmer no dogschdanda ond hent’s wichtig ghed. I han no oghalda ond han gfrogt, ob i ehne an Schtual bringa soll. Erschd hent se a bissle komisch guckt, aber no hen mir doch alle lacha miasa.“

Der Spruch des Tages kommt auch von Wolfgang Dittebrandt: „Oaner woaf nia ällas, suscht brieht mr koan Rat.“

Schreiben Sie uns:
Zentralredaktion, Postfach 10 44 52, 70039 Stuttgart, Stichwort: Schwäbisch, Fax: 07 11 / 72 05 - 14 01; E-Mail: land@stn.zgs.de

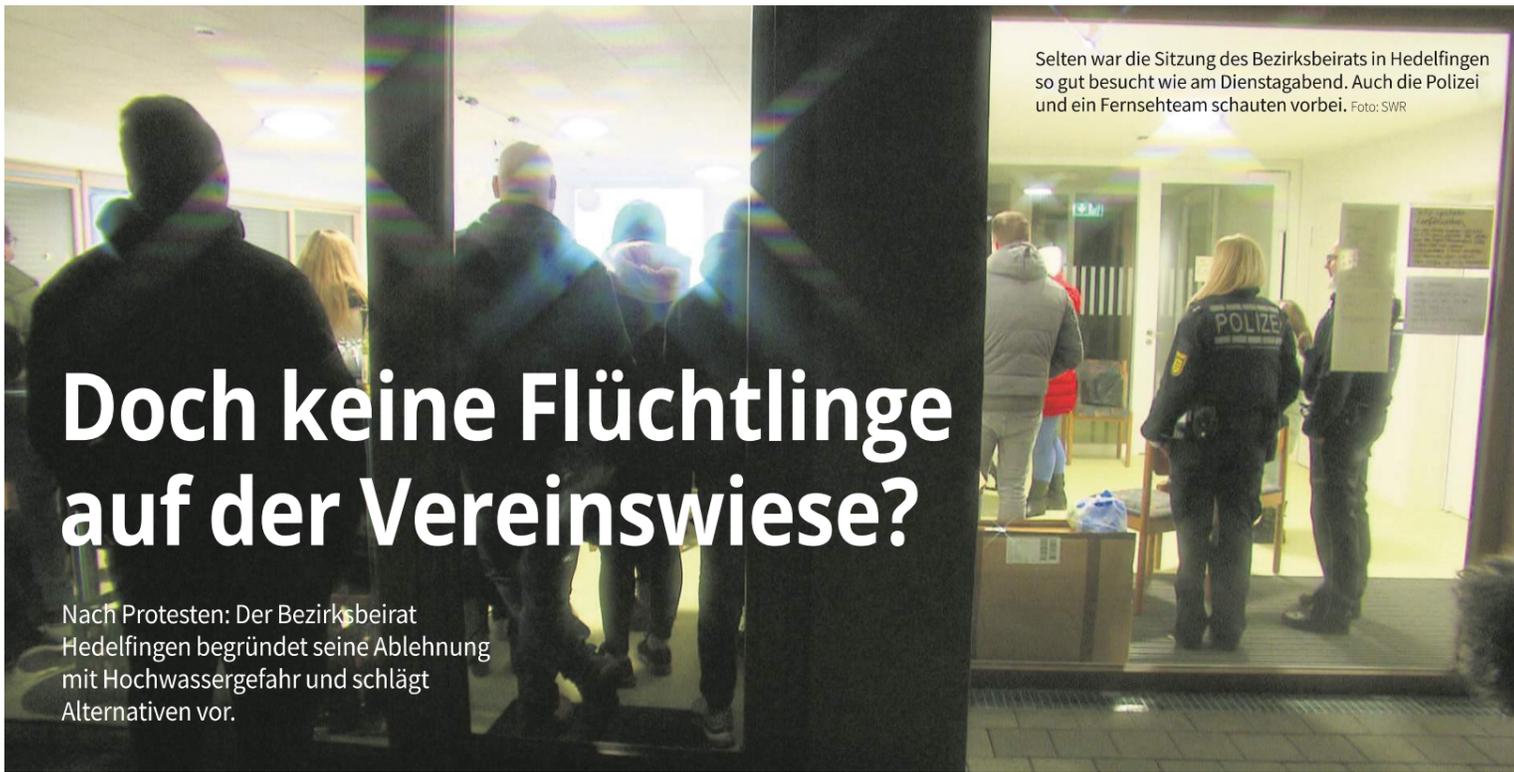
Strobl für Härte gegen Straffällige

Die Attacke auf zwei Mädchen in Illerkirchberg entfacht weiter Diskussionen über Abschiebungen.

STUTT GART. Nach dem blutigen Angriff auf zwei Mädchen in Illerkirchberg rückt die Frage nach Abschiebungen von Menschen nach schweren Straftaten in den Fokus. Der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl (CDU) sprach sich dafür aus, bestimmte Täter abzuschleppen. „Wer als Geflüchteter in dem Land, das ihm Schutz gewährt, einen Menschen ermordet und einen weiteren Menschen schwer verletzt, der hat sich dafür entschieden, dass er in diesem Land nicht bleiben möchte“, sagte er.

Ein Mann aus Eritrea soll zwei Mädchen am 5. Dezember auf dem Weg zur Schule in Illerkirchberg nahe Ulm angegriffen, die 14-jährige getötet und das 13 Jahre alte Mädchen schwer verletzt haben. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sascha Binder, sagte, dass die CDU aus seiner Sicht den Fall von Illerkirchberg mit einem verdächtigen Eritreer nutze, „um die Debatte um die Abschiebungen nach Afghanistan noch mal etwas mit Leben zu füllen“. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) erlaubt sich indes kein Urteil: „Wer wohin abgeschoben werden kann, entscheidet die Bundesregierung.“

Hintergrund ist die Debatte über einen Afghanen, der 2019 in einem Flüchtlingsheim, ebenfalls in Illerkirchberg, mit anderen Männern ein 14-jähriges Mädchen vergewaltigt hatte. lsw



Doch keine Flüchtlinge auf der Vereinswiese?

Nach Protesten: Der Bezirksbeirat Hedelfingen begründet seine Ablehnung mit Hochwassergefahr und schlägt Alternativen vor.

VON JÖRG NAUKE

STUTT GART. Die Polizei vor der Tür des Sitzungssaals, ein Fernsteam als Empfangskomitee und mit Alexandra Sußmann (Soziales) und Thomas Fuhrmann (Liegenschaften) gleich zwei anwesende Bürgermeister – das gibt es im Hedelfinger Bezirksbeirat nicht alle Tage. Es ist die Konsequenz des Widerstands gegen den Bau von fünf Modulbauten für 76 Flüchtlinge auf einer Wiese



„Wir haben eine humanitäre Verpflichtung.“

Alexandra Sußmann, Bürgermeisterin für Soziales

des Vereins Sportkultur an der Rohrackerstraße, den einige Bürger nach der Veröffentlichung der Pläne in der vergangenen Woche organisiert hatten und der dann aus dem Ruder gelaufen war.

Eine Online-Petition, zum Zwecke initiiert, darauf hinzuweisen, dass den Kindern in der Nachbarschaft Spielmöglichkeiten genommen würden, wurde mit fremdenfeindlichen Kommentaren geflutet und daraufhin vorzeitig beendet.

Und dem Vereinsvorsitzenden Ulrich Strobel wurde damit gedroht, sein Haus brenne als erstes, sollte es die Stadt Stuttgart wagen, in ihrer Not, die vielen ankommenden Flüchtlingen, speziell solche aus dem Nahen Osten und Afrika, in Rohracker unterzubringen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung hat das Vorhaben am Dienstagmorgen einstimmig befürwortet, der Bezirksbeirat Plieningen war am Montag mit der Errichtung von fünf Modulbauten einverstanden gewesen. Und das beratend tätige Bürgergremium in Hedelfingen? Es hatte sich schon vor der Sitzung darauf verständigt, den geplanten Standort an der Amstetter Straße für geeignet zu erklären. Das war zu erwarten, da man



Auf dem Gelände der Sportkultur sollen fünf Modulbauten für Geflüchtete entstehen. Dagegen regt sich Widerstand. Foto: Lichtgut/Leif Piechowski

schon 2016 der Errichtung von Systembauten für Flüchtlinge zugestimmt hatte.

Den umstrittenen Standort in der Rohrackerstraße hat man aber abgelehnt. In der Erklärung findet sich allerdings kein Hinweis auf den Wegfall von Spielflächen, denn das Argument wäre nur bedingt richtig. Stattdessen verweist man darauf, dass der Standort in einem Überschwemmungsgebiet liege und somit für eine Wohnbebauung ungeeignet sei – wohl nicht aber für eine Kaltluftthalle, also eine günstige, weil an den Seiten offene Sporthalle, für deren Errichtung es bereits einen Beschluss gebe. Allerdings favorisieren Stadt und Verein den Bau in Wangen, wo die Sportkultur gerade eh eine Halle plant. Ohne Überwachung seien Vandalismus und Streit über das Spielrecht programmiert, sagt Strobel aus schlechter Erfahrung mit einem Kleinspielfeld.

Im Stadtentwicklungsausschuss war bereits (Selbst-)Kritik an der unzureichenden Kommunikation geübt worden. Der Frust darüber, aus der Zeitung zu erfahren, was vor der Haustür geplant ist, und dann auch noch mit Fremdenfeindlichkeit konfrontiert zu werden, hat viele Bürger geärgert. Einige versuchten, sich in der Sitzung Luft zu verschaffen. Aber so unzulänglich die Bürgerinformation bisher verlief, so enttäuschend verlief der Sitzungsabend für die Teilneh-

mer. Das Rederecht ist aus formalen Gründen eingeschränkt, sodass bei vielen das Gefühl aufkam, man sei übervorteilt worden. Die Bürgermeister hatten die Problemlage zu erklären versucht; 8000 Flüchtlinge sind untergebracht, 3600 Ukrainer wohnen noch privat. Dass man für sie ein Dach über dem Kopf organisieren muss, stieß auf großes Verständnis – aber eben nicht auf dem Sportgelände. Und wenn, dann wollte man schon wissen, „welche Flüchtlingsgruppe kommt“ und ob man bestimmte Personenkreise „verhindern“ oder „einschränken“ könne, sagte ein Zuhörer unter Beifall. Man denke nur an die „Vorfälle“, betonte ein anderer. Das war deutlich: Menschen aus einem anderen Kulturkreis werden als Bedrohung wahrgenommen. Bürgermeisterin Sußmann war in ihrer Ansprache klar: „Wir haben eine humanitäre Verpflichtung, Flüchtlinge aufzunehmen – und wir machen keinen Unterschied bei der Unterbringung.“ Gleichwohl achte die Stadt auf Ausgewogenheit, man habe schließlich Erfahrung, wie Stress am besten vermieden werden könne. Sie setze dabei auch auf die Unterstützung von Freundeskreisen.

Der Bezirksbeirat hat sich freilich auch die Mühe gemacht, Alternativstandorte vorzustellen, dazu gehören etwa das Nill-Gelände (ehemaliger Schrottplatz am Hedelfinger Platz), die Festwiese des TV Hedelfin-

gen – aber auch das Sportgelände auf dem Frauenkopf. Vor allem dieser Standort am Rande des hochpreisigen Stadtteils stieß auf Zustimmung bei den Bürgern. Alternativ sah man „den Killesberg bei den Millionenbauten“, den Wasen oder den Schlossgarten als geeignet an. Das Bürgergremium erwartet nun eine „umfassende Prüfung ohne verwaltungsinterne Vorfestlegung“, heißt es in einem Antrag.

Die Ablehnung des Vorschlags Rohrackerstraße macht es dem Gemeinderat nun unmöglich, darüber abzustimmen. Am Mittwochmorgen im Verwaltungsausschuss wurde das Thema nur kurz diskutiert. Petra Rühle (Grüne) und Luigi Pantisano (Linke), die am Dienstagabend vor Ort waren, forderten die Verwaltung auf, die Lage neu zu bewerten und künftig besser zu informieren.

Pantisano forderte die Verwaltung zudem auf, eine Karte mit den über das Stadtgebiet verteilten Standorten von Unterkünften auf der städtischen Homepage zu präsentieren. Er bemängelte, dass sich OB Frank Nopper (CDU) in dieser Sache zu Hass und Hetze aus- schweige. Im Gemeinderat ist deshalb eine Debatte zu erwarten. Dann wird nur über die in Plieningen und Hedelfingen (Amstetter Straße) akzeptierten Vorschläge abgestimmt. Die Verwaltung prüft die Einwände gegen das umstrittene Projekt und wird Anfang des Jahres erneut zur Abstimmung rufen. Die Ehrenrunde hat für Einsicht gesorgt: Erst mit den Bürgern zu reden und dann einen Vorschlag zu machen – und nicht umgekehrt – spart Zeit und Ärger.

Polizei schickt Warnbrief an 55 000 Haushalte

Polizei und Stadt warnen per Post vor allem ältere Menschen vor den neuesten Maschen von Trickbetrügnern.

VON JÜRGEN BOCK

STUTT GART. Manche besonders Skeptische könnten ihn vielleicht selbst für eine Betrugsmasche halten. Doch der Brief, den zahlreiche Stuttgarter Haushalte jetzt bekommen, fordert zu keinen Zahlungen auf und will den Empfängern auch keine Daten entlocken. Er ist echt und wird aus guten Gründen abgeschickt. Denn die Behörden wollen damit vor allem Senioren davor warnen, Betrügern aufzusitzen.

Die Stadt und die Stuttgarter Polizei schreiben gemeinsam 55 000 Haushalte an. Und zwar solche, in denen ältere Menschen leben. „Gerade sie brauchen unsere besondere Aufmerksamkeit, um nicht Opfer von Straftaten zu werden. In wenigen Tagen werden wir deshalb mit einem Brief, der sich gezielt an Stuttgarter Seniorinnen und Senioren richtet, zu den verschiedenen Betrugs- maschen informieren“, sagt Ordnungsbürgermeister Clemens

Maier. Betrüger nutzen gerade in der Weihnachtszeit die Nächstenliebe und Gutherzigkeit ihrer Opfer aus. Thematisiert werden sollen Maschen wie das Auftreten falscher Polizeibeamter, der Enkel- trick oder Gewinnversprechen, aber auch zunehmend digitale Wege, etwa über WhatsApp. Die dreisten Betrüger setzen ihre Opfer dabei massiv unter Druck und spielen oft auch mit deren Gefühlen. Zuletzt hat die Stadt im Jahr 2019 ein ähnliches Schreiben an Seniorinnen und Senioren verschickt.

Polizeipräsident Markus Eisenbraun hat einige Tipps parat. „Lassen Sie sich auf keinen Fall, zu keiner Tages- und Nachtzeit, unter Druck setzen. Staatliche Behörden verlangen von Ihnen definitiv keine größeren Geldbeträge in bar, keine Wertgegenstände oder Schmuck“, sagt er. Man solle sich Zeit nehmen und mit Angehörigen, Nachbarn oder anderen Vertrauten sprechen. „Wenn Sie sich unsicher sind, dann rufen Sie die echte Polizei unter 110“, rät Eisenbraun.

Das Schreiben klärt über die gängigen Maschen der Betrüger auf.



Foto: Lichtgut/Leif Piechowski

„Es wäre wichtig, dass sich der OB zur Unterbringung von Flüchtlingen bekennt.“

Luigi Pantisano, Linken-Stadtrat

Pferdeäpfel auf Polizisten geworfen

Teilnehmer einer Demonstration gegen Polizeigewalt in Stuttgart haben Beamte beworfen und angegriffen.

VON JAN SELLNER

STUTT GART. Eine Demonstration gegen Polizeigewalt in Stuttgart hat am Dienstagabend die Einsatzkräfte der Polizei beschäftigt. Nach Angaben der Beamten hatten Teilnehmer Polizisten mit Pferdeäpfeln beworfen. Zudem sei am Rande des Demozugs Pyrotechnik abgepackelt worden, sagte ein Polizeisprecher.

Laut Polizeiangaben versammelten sich die Demonstranten ab 18 Uhr am Marienplatz, gegen 18.40 Uhr startete ein angemeldeter Aufzug über die Tübinger Straße Richtung Rotenbühlplatz. Weil zwei Banner nicht gemäß den Vorgaben getragen wurden, hätten die Polizisten diese beschlagnahmt. Daraufhin wurden Einsatzkräfte aus dem Aufzug heraus mit Pferdeäpfeln beworfen.

Wegen der Vorkommnisse hatte die Polizei den Aufzug zwischenzeitlich schon stoppen wollen. „Unterlassen Sie das Werfen von Gegenständen auf unsere Einsatzkräfte“, riefen die Beamten über den Kurznachrichtendienst Twitter auf. Die rund 120 Demonstrantinnen und Demonstranten durften schließlich aber weiter durch die Innenstadt ziehen.

Zudem griffen zwei Teilnehmer die Beamten an. Einer der Angreifer wurde vorläufig festgenommen und nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen wieder auf freien Fuß gesetzt. Am Rotenbühlplatz wurde die Versammlungsleiterin vorzeitig beendet, eigentlich war noch eine längere Route geplant gewesen.

Anlass der Demo war das Datum, der 15. 12. Aus den ersten drei Buchstaben des Alphabets ergibt sich in dieser Reihenfolge die Kombination ACAB. Das Kürzel steht für „All cops are bastards“ (englisch: „Alle Polizisten sind Bastarde“).

Der stressige Job auf dem Weihnachtsmarkt

Würste grillen, Glühwein zapfen und arbeiten in Zehn-Stunden-Schichten. Denes Szakacs erzählt von seinem Job auf dem Stuttgarter Weihnachtsmarkt.

VON ERDEM GÖKALP

STUTT GART. Mittagsansturm am Stand von Denes Szakacs in Stuttgart. Im Minutentakt muss der 40-Jährige Halb-Meter-Würste mit einer Greifzange in der Mitte durchbrechen. Die Kundin, die den Snack auf der anderen Seite der gläsernen Vitrine entgegennimmt, ertränkt die Würstchen in Senf, den sie aus einem Eimer auf dem Tresen pumpt. Denes hat ihr schon längst wieder den Rücken gekehrt.

Noch gut eine Woche muss der Mann mit dem roten Weihnachtspulli und der farblich passenden Kochmütze täglich in Zehn-Stunden-Schichten Würste grillen, Steaks anbraten, Glühwein zapfen und Schupfnudeln servieren, bevor er pünktlich zu Weihnachten bei Frau und Kindern in der rumänisch-ungarischen Heimat in Cristuru Secuiesc das Fest feiern kann. Bis dahin ist noch Zeit – und noch bildet er die Front seiner Truppe von acht Mitarbeitern.

Während im Hintergrund ein Mitarbeiter mit ernster Miene Dosen mit Sauerkraut ausleert und den Inhalt mit einer Kelle zer-



Auch mal zehn Stunden am Stück packt Denes Szakacs Würste aufs Brötchen. Foto: Gökalp

hackt, holt ein anderer Pommes aus der Friteuse, und wieder ein anderer zapft Glühwein. Steht man nah am Grill, ist es sehr heiß, entfernt man sich ein paar Zentimeter zu weit davon, erwischt einen die eisige Winterkälte.

Die Arbeit ist ein Knochenjob und endet, wenn der Stand um neun Uhr dichtmacht und danach alles aufgeräumt ist. Solange er in Stuttgart arbeitet, wohnt Denes Szakacs in einer Wohnung, die sein Chef für ihn und sechs weitere Mitarbeiter gemietet hat. Das

Team arbeitet auf der Fläche der Größe eines Gartenhäuschens. Da muss jeder Handgriff sitzen. „Gute Kommunikation ist alles. Normalerweise dauert es eine Woche, bis das Team wirklich fit ist“, sagt Szakacs.

Saisonarbeiter wie er arbeiten auf Weihnachtsfesten durch und kehren nach einigen Wochen wieder zur Familie zurück. „Früher war ich auch mal neun Monate am Stück von meiner Familie getrennt“, sagt er. Doch inzwischen habe er Kinder und will nicht mehr zu lange weg sein von daheim. Harte Arbeit ist er gewöhnt. Er arbeitet seit 16 Jahren für die Schaustellerfamilie von Björn Ahrend. Der 34-Jährige betreibt den Stand.

Dieses Jahr läuft das Geschäft gut für den Schausteller, dessen Familie seit dem 18. Jahrhundert in dieser Branche tätig ist.

Seit dem 18. Jahrhundert arbeite seine Familie in der Schaustellerbranche, sagt der Standbetreiber. Dieses Jahr hat er einen prominenten Platz am Marktplatz, direkt gegenüber der Osiander-Buchhandlung, erwischt. Auch für ihn beginnt der Tag um acht Uhr, wenn die Ware von regionalen Händlern ankommt. Dieses Jahr laufe das Geschäft gut, sagt er. Besser als letztes Jahr. Da musste er in dieser Zeit wegen Corona schon wieder abgebaut haben.